

*Drohender Krankenhaus-Kahlschlag,
schwache Ausbildungszahlen
und zu hohe Armutsquote*

Wie NRW jetzt der soziale Neustart in Gesundheits- und Arbeitsmarkt- politik gelingt

Die Corona-Pandemie hat die Arbeits- und Gesundheitspolitik Nordrhein-Westfalens in den vergangenen zwei Jahren stark geprägt. Uns allen wurde wie durch ein Brennglas aufgezeigt, wie groß die Herausforderungen in unserer Sozialpolitik sind. Vieles von dem, was wir in der Pandemie erlebt haben, wäre durch eine vorausschauende und zukunftsweisende Politik zu verhindern gewesen. Die Landesregierung hat es allerdings bis heute nicht geschafft, die richtigen Schlüsse aus der Pandemie zu ziehen. **Jetzt ist es Zeit für einen Neustart. Unser Leitgedanke ist dabei klar: Der Mensch steht im Mittelpunkt.**

#SozialerNeustart

**Für die Vielen,
nicht die Wenigen.**

1. Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

sichern und den Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft verhindern

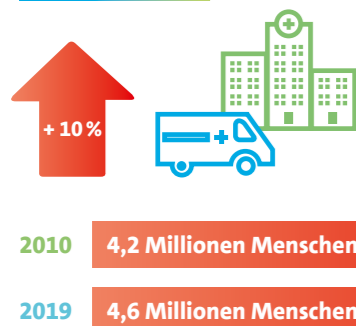
Ausgangslage:

- ▶ Den Krankenhausträgern in Nordrhein-Westfalen fehlen die finanziellen Mittel, um den Betrieb von allen Krankenhäusern aufrechtzuerhalten.
- ▶ Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung versprochen, eine „hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung zu sichern“. Dafür brauche es leistungsfähige Krankenhausstrukturen.
- ▶ Die Landesregierung hat daraufhin die Neuaufstellung des Krankenhausplans auf den Weg gebracht. Das neue System soll sich an Leistungsgruppen orientieren und Kliniken sollen sich spezialisieren.
- ▶ Durch die Planungen der Landesregierung werden Krankenhausschließungen im ganzen Land wahrscheinlicher.

Unsere Lösungen:

- ▶ Wir wollen die wohnortnahe Gesundheitsversorgung im ganzen Land sichern. Deshalb müssen die bestehenden Krankenhäuser erhalten bleiben.
- ▶ Das ist vor allem notwendig, weil die Zahl der stationär behandelten Kranken in NRW vom Jahr 2010 bis zum Jahr 2019 um etwa zehn Prozent gestiegen ist. 2010 waren es knapp 4,2 Millionen Menschen. 2019 waren es mehr als 4,6 Millionen Menschen.

Zahl der stationär behandelten Kranken in NRW



Quelle: [https://www.it.nrw/krankenhaeuser-beschaeftigten-2019-mehr-personal-bei-nahezu-unveraenderter-patientenzahl-102088#:~:text=D%C3%BCsseldorf%20\(IT,2%20Prozent%20mehr%20als%202018.](https://www.it.nrw/krankenhaeuser-beschaeftigten-2019-mehr-personal-bei-nahezu-unveraenderter-patientenzahl-102088#:~:text=D%C3%BCsseldorf%20(IT,2%20Prozent%20mehr%20als%202018.)

- ▶ Es ist gut, dass sich Fachleute und Mediziner spezialisieren. Wir müssen allerdings eine flächendeckende medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in ganz NRW sicherstellen.
- ▶ Deshalb lehnen wir das Krankenhausschließungsprogramm der Landesregierung ab. Denn: Ein leeres Bett zu viel ist besser als in der Not eins zu wenig.
- ▶ Wir wollen landesweit ein gestaffeltes Versorgungskonzept: Eine wohnortnahe Grundversorgung, eine Schwerpunktversorgung und eine spezialisierte und hochqualifizierte Maximalversorgung sollen sich sinnvoll ergänzen.

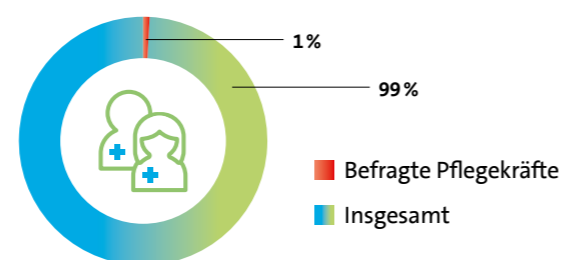
2. Pflegekammer NRW:

Keine Interessenvertretung gegen den Willen der Pflegekräfte

Ausgangslage:

- ▶ Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, „eine Interessenvertretung der Pflegenden einzurichten, wenn die Pflegenden dies wollen.“
- ▶ Der grundsätzliche Fehler des Vorhabens liegt darin, dass die Unterstützung der Pflegenden für eine solche Kammer in einer zu reduzierten Umfrage festgestellt wurde. Es wurden nur 1.500 Beschäftigte der rund 200.000 Pflegekräfte in ganz NRW befragt.

Befragung der Pflegekräfte in NRW



Quelle: https://www.mags.nrw/sites/default/files/asset/document/nrw-pflegekammer_ergebnisbericht.pdf



- ▶ Die Pflegerinnen und Pfleger wehren sich gegen die Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer. Sie sind nicht bereit, unter Zwang Beiträge für die Pflegekammer zu bezahlen.
- ▶ Nach vielen Monaten, in denen wir ein Moratorium für die Pflegekammer gefordert haben, ist die Landesregierung eingeknickt und hat dem Widerstand der Pflegerinnen und Pfleger nachgegeben. Jetzt hat sie den Start der Pflegekammer und die Frage von Pflichtbeiträgen hinter die Landtagswahl geschoben.
- ▶ Bis 2027 soll jetzt die Beitragsfreiheit der Pflegekammer sichergestellt werden. Hierzu wird 50 Millionen Euro Steuergeld verwendet.

Unsere Lösungen:

- ▶ Wir haben uns von Anfang an klar positioniert und für eine Vollbefragung der etwa 200.000 Pflegekräfte in NRW ausgesprochen. Als die regierungstragenden Fraktionen dann gemeinsam mit den Grünen für die Errichtung einer Pflegekammer gestimmt haben, haben wir ein Moratorium gefordert.
- ▶ Alle Pflegerinnen und Pfleger in Nordrhein-Westfalen müssen über ihre Interessenvertretung selbst entscheiden. Eine Zwangsmitgliedschaft, die dann auch noch mit Beiträgen finanziert werden muss, lehnen wir ab.
- ▶ Die erhebliche Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die fehlgeschlagene Planung der Pflegekammer ist nicht gerechtfertigt und darf deshalb nicht durchgeführt werden.

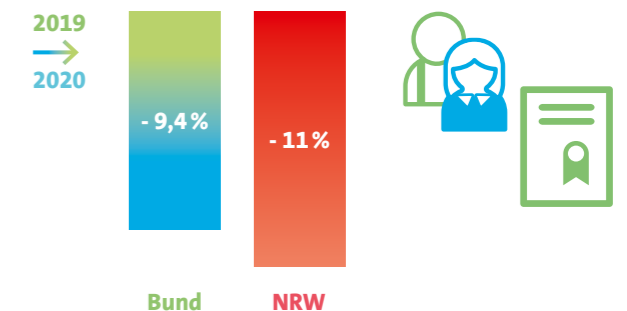
3. Ausbildungsstandort NRW:

Schwache Entwicklung bei den Ausbildungszahlen stoppen

Ausgangslage:

- ▶ Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag verankert, dass es in Nordrhein-Westfalen eine „deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung geben muss“.
- ▶ Anstatt die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu erhöhen, sank die Zahl der neuen Ausbildungen im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 um 11 Prozent auf 103.000 Verträge ab.

Abgeschlossene Ausbildungsverträge 2020



Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21_187_212.html

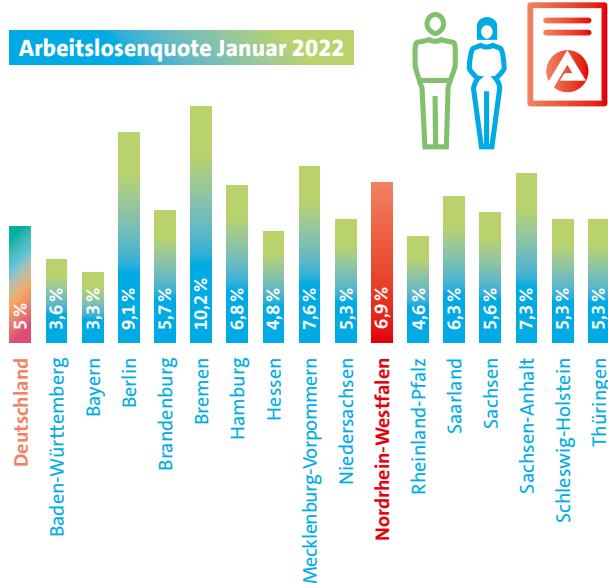
- ▶ Im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegt das bevölkerungsreichste Bundesland unter dem Bundesschnitt. In ganz Deutschland sind die neuen Ausbildungsverträge im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 9,4 Prozent zurückgegangen. Außerdem ging die Zahl der Auszubildenden in NRW 2020 im Vergleich zu 2019 um 3,6 Prozent auf 289.000 zurück.



Unsere Lösungen:

- » Wir möchten in Nordrhein-Westfalen eine Ausbildungsplatzgarantie einführen. So soll gesichert werden, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz finden. Um das möglich zu machen, sollen ausbildende Betriebe unterstützt werden, während nicht-ausbildende Betriebe die Kosten tragen.
- » Neben der Ausbildungsplatzgarantie soll es den Menschen, die ihren Abschluss erfolgreich erworben haben, möglich sein, den erlernten Job auch auszuüben. Dazu soll das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ die Grundlage bilden.
- » Außerdem streben wir in Nordrhein-Westfalen die Gleichstellung der dualen Berufsausbildung und des Studiums an. Dazu zählen Maßnahmen wie die Förderung von Azubi-Wohnheimen, Azubi-Tickets und eine kostenlose Meisterschule.

- » Auch die Arbeitslosenquote in NRW liegt zudem konstant über dem Bundesschnitt. So hatte NRW im Januar 2022 eine Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent. In ganz Deutschland lag die Quote bei 5,0 Prozent.



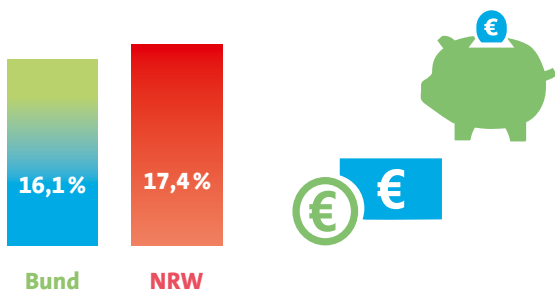
Quelle Grafik: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern>

4. Armutsquote in Nordrhein-Westfalen auf Niedrigstand bringen

Ausgangslage:

- » Kinderarmut ist immer bedingt durch die Armut ihrer Eltern. Im Koalitionsvertrag verspricht die Landesregierung, dass „eine bessere Wirtschaftspolitik die von Armut bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt“. Dies sei der „Schlüssel gegen Kinderarmut“.
- » Leider ist es der Landesregierung nicht gelungen, den Trend umzukehren: Die Armutsquote in NRW lag 2020 bei 17,4 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,1 Prozent.

Armutsquote 2020



Unsere Lösungen:

- » Jede Form der Armut muss bekämpft werden. Dazu gehören beispielsweise die Einkommensarmut oder die Altersarmut. Hier spielen bessere Löhne und gute Renten eine zentrale Rolle.
- » Eine zielgerechte Bekämpfung von Armut wird nicht nur über eine bessere Wirtschaftspolitik gelingen. Es müssen strukturelle Benachteiligungen bekämpft werden, die in Sozialberichterstattungen erkannt werden können.
- » Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein.
- » Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Schuldnerberatungen, Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungszentren gestärkt werden.
- » **Am Ende der Legislatur steht also fest: Es braucht viel mehr als einer vermeintlich entfesselten Wirtschaft, um Armut zu bekämpfen.**